



Politik | Ein Drittel der Mitglieder
der Verwaltungskommissionen ist weiblich

Der politische Einfluss der Frauen wächst



Hürde genommen. Die Strategie des Staatsrates, Frauen in der Politik proaktiv zu fördern, hat Früchte getragen.

FOTO WB



WALLIS | In der Amtsperiode 2018–2021 erreicht der Frauenanteil in den Verwaltungskommissionen ein Drittel. Dank des politischen Bestrebens und der proaktiven Strategie des Staatsrates ist eine wichtige Hürde genommen worden.

Für die Amtsperiode 2018–2021 sind 33,3 Prozent der Verwaltungskommissionmitglieder weiblich. Dies entspricht seit der vorangehenden Regierungsperiode einer Zunahme um sechs Prozentpunkte. Das vom Staatsrat gesteckte Ziel wurde somit erreicht, wie Staatsratspräsidentin Esther Waeber-Kalbermatten mitteilt. «Als ich im Jahr 2009 in die Regierung kam, lag der Anteil der Frauen in den Verwaltungskommissionen nur bei 20, vielleicht 21 Prozent. Die Regierung war seither stets bestrebt, den Anteil zu erhöhen. Jedes Departement hat grosse Anstrengungen unternommen, um den Frauenanteil deutlich zu erhöhen.»

In einigen Departementen harzt es noch

Die aktuelle Gesellschaft widerspiegelnd, sind Frauen am stärksten in den Kommissionen mit Bezug zum Sozialwesen (45,8%), Gesundheitswesen (38,4%) sowie zum Erziehungs- und Bildungswesen (35%) vertreten. Ein steigender Frauenanteil ist zudem in den Kommissionen mit Bezug zu Kultur, Kunst und Sport (31,9%), Arbeit und Beschäftigung (29,4%), Finanzen (29%) sowie Jagd und Fischerei (34,7%) zu verzeich-

nen. In den Kommissionen zu den Bereichen Landwirtschaft (14%), öffentliche Sicherheit (16%) sowie Umwelt und Bauwesen (22%) bleiben sie weiterhin stark untervertreten. Dennoch sind die Frauen in allen Bereichen besser vertreten als noch in der letzten Amtsperiode.

Kontinuierlich gestiegen

Seit 1993 steigt der Frauenanteil kontinuierlich an und nimmt seit 2011 stärker zu. «Die Strategie, die der Staatsrat 2011 angenommen und 2014 sowie 2017 fortgeführt hat, hat Früchte getragen», freut sich die Regierungschefin. Die Dienststellen werden aufgefordert, aktiv nach Frauen zu suchen. Wie muss man sich diese Suche vorstellen? Dazu Esther Waeber-Kalbermatten: «Ich habe in meinem Departement die Dienstchefs dazu angewiesen, aktiv nach kompetenten Frauen für die ausserparlamentarischen Kommissionen zu suchen. Und zwar so lange, bis das Ziel von 33 Prozent erreicht ist.» Wobei diese Suche nur dann eintritt, wenn eine Stelle in einer Kommission neu zu besetzen ist.

«33 Prozent sind gut, es sollen aber mehr sein. Ich würde mir 40 Prozent als neues Ziel wünschen»

Esther Waeber-Kalbermatten
Staatsratspräsidentin
Gelegenheit dazu gibt es genug, denn die Mitglieder dürfen nur

maximal zwölf Jahre dort ihre Tätigkeit ausrichten, danach müssen sie aus der Kommission austreten. Für jede neu zu besetzende Stelle ist die Vorweisung des Kantonalen Amtes für Gleichstellung und Familie (KAGF) einzuholen, und eine ungenügend hohe weibliche Beteiligung ist zu begründen. Parallel dazu kann das KAGF den Dienststellen potenzielle Kandidatinnen vorschlagen, was in den meisten Bereichen möglich ist. Frauen, die an

einem Verwaltungskommissionsmandat interessiert sind, können sich über die Webseite auf einer entsprechenden Liste eintragen: «www.gleichstellung-familie.ch/kommissionenanmeldung».

Beraten und unterstützen

Die Verwaltungskommissionen sind in der Gesetzgebung vorgesehene Organe, die den Staatsrat im Wesentlichen beim Treffen von Entscheidungen in spezifischen Bereichen beraten und unterstützen. Für die Legislaturperiode 2018–2021 wurden 97 Kommissionen ernannt, bestehend aus insgesamt über 1180 Mitgliedern. Diese stammen aus der Kantonsverwaltung oder sind externe Fachleute oder Experten. Jede Kommission ist einem der fünf kantonalen Departemente oder dem Präsidium angegliedert. Allein in ihrem Departement gebe es über dreissig solcher Kommissionen, wie etwa die Planungskommission Spital, den Sozialrat oder den Gleichstellungsrat, sagt die Staatsratspräsidentin. Während der Kommissionserneuerung unterbreitet das zuständi-



ge Departement dem Staatsrat eine Zusammensetzung der Kommission. Der Staatsrat ernannt daraufhin offiziell die Mitglieder für die vierjährige Verwaltungsperiode.

Breite Themenvielfalt

Die Kommissionen behandeln ebenso vielfältige wie unterschiedliche Themenbereiche, die in die Zuständigkeit des Staates fallen, wie etwa Bekämpfung häuslicher Gewalt, Gesundheitsförderung, Weindegustation, Schutz vor Störfällen, Lufthygiene, Schlichtung bei Streitigkeiten aus Mietverhältnissen, Einschätzung natürlicher Personen oder die Evaluation der Berufsbildung. In Anwendung von Artikel 9 des Reglementes über die Organisation der Kantonsverwaltung vom 15. Januar 1997 ist der Staatsrat bei der Ernennung der Kommissionsmitglieder um die bestmögliche Vertretung der verschiedenen Interessen besorgt, insbesondere der Sozialpartner sowie bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter, ohne jedoch die Funktionsfähigkeit der Kommission unnötig zu erschweren. «In den Kommissionen ist es wichtig, verschiedene Meinungen zu hören. Deshalb sollten nicht nur verschiedene Altersgruppen, geografische Regionen und unterschiedliche Berufserfahrungen in den Kommissionen Einzug halten, sondern eben

auch die beiden Geschlechter ausreichend vertreten sein», sagt Staatsrätin Waeber-Kalbermatten. Dass der Frauenanteil auf 33 Prozent gestiegen ist, sei zwar erfreulich, der Anteil dürfe aber ruhig noch gesteigert werden, findet sie: «33 Prozent sind gut, es sollten aber mehr sein. Ich würde mir 40 Prozent als neues Ziel wünschen.»

Das Wallis schneidet gut ab

Das KAGF hat alle Schweizer Kantonsverwaltungen kontaktiert, um die Walliser Situation auf nationaler Ebene vergleichen zu können. Nur wenige Kantone führen allerdings eine solche Art von Statistik, und viele sind gerade erst dabei, ihre Zahlen zu aktualisieren. Ein Vergleich mit Kantonen, deren Zahlen bekannt sind, zeigt, dass das Wallis mit 33,3% Frauen in seinen Verwaltungskommissionen sehr gut abschneidet. So hat Appenzell Ausserrrhoden einen Frauenanteil von 29,3%, Basel-Landschaft von 28% und das Tessin von 22,3%. Einzig der Kanton Bern weist von jenen Kantonen, bei denen Vergleichszahlen möglich sind, mit 39,6% einen höheren Frauenanteil in den Kommissionen auf. Auf Bundesebene sind die Frauen in 118 Kommissionen mit 38,7% und somit besser vertreten als im Wallis. **wek**